

Otto Wenzel

Deutsche Ostpolitik 1941 bis 1945 im Spiegel der Goebbels-Tagebücher

Der Untergang des Sowjetkommunismus im Jahre 1991 ist leider nicht zum Anlaß genommen worden, der Frage nachzugehen, ob dieses mörderische und zerstörerische System, das einen großen Teil der Menschheit ins Unglück gestürzt hat, nicht schon früher hätte zusammenbrechen können. Zweimal war Gelegenheit dazu. Während des Bürgerkriegs 1918 bis 1921 war das Rote Regime zeitweilig auf das Gebiet des Großfürstentums Moskau im 15. Jahrhundert zurückgeworfen. Daß es schließlich dennoch siegte, lag an der Uneinigkeit seiner Gegner, ihrem Unvermögen, die Bevölkerung der eroberten Gebiete als Befreite zu behandeln – und an der größeren Brutalität und Geschlossenheit des von Lenin und Trotzki geführten Sowjetregimes. Eine zweite Gelegenheit bot sich nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges im Jahre 1941. Damalige deutsche Soldaten erinnern sich noch daran – und in alten Wochenschauen können wir das heute noch sehen –, wie sie von den Bevölkerung vielerorts mit Brot und Salz begrüßt wurden, Bäuerinnen am Wegesrand mit dem Kruzifix in der Hand das Kreuzeszeichen machten, um die vorbeimarschierenden Soldaten zu segnen. Das war für den Kenner der Verhältnisse in der damaligen Sowjetunion nicht überraschend, denn das Land hatte wenige Jahre zuvor unter Stalin fürchterliche »Säuberungen« und Verfolgungen durchlitten, die der sowjetische Historiker Wjatscheslaw Daschtschew im Jahre 1989 in der Zeitschrift »Moskau News« als »beispielloses Genozid gegen das eigene Volk« bezeichnete.¹ Viel zu wenig wird in diesen Monaten daran erinnert, welche Hekatomben von Menschenleben das 1917 in die Welt gesetzte sowjetkommunistische System im alten Rußland auf dem Gewissen hat. »Prawda« und »Iswestija« nannten im Jahre 1991 die Zahl von 50 Millionen, wobei die Kriegspfer des Zweiten Weltkriegs nicht mitgezählt waren.²

Das sowjetkommunistische – damals sagte man bolschewistische – System hat diese schwere Krise nicht nur überlebt, sondern ist aus dem Zweiten Weltkrieg als eine der beiden Supermächte hervorgegangen. Das lag daran, daß Stalin in Hitler einem Gegner gegenüberstand, der infolge seines Lebensraum- und Rassenwahns in seiner Ostpolitik seit 1941 alles falsch machte, was man nur falsch machen konnte. Diese Politik soll im folgenden nachgezeichnet werden, wobei als Hauptquelle die Tagebücher des Reichspropagandaministers Dr. Joseph Goebbels herangezogen werden, die jetzt in einer fünfbandigen kommentierten Taschenbuch-Kassette vorliegen.³

Goebbels, zweifellos der intelligenteste, aber auch charakterloseste unter Hitlers engsten Mitarbeitern, hat seine Tagebucheinträgen

nicht für eine absehbare Veröffentlichung geschrieben. Man kann davon ausgehen, daß er das politische Geschehen seiner Zeit so festgehalten hat, wie es sein wacher Geist aufnahm – ohne die Brille der Propaganda. Der Quellenwert dürfte dort am größten sein, wo er seine persönliche Meinung niederschrieb – oder die Hitlers, den er während des Rußland-Feldzugs häufig in dessen Führerhauptquartier aufsuchte.

Generalstabs-Denkschrift kritisiert falsche Behandlung der Ost-Bevölkerung

Am 10. Januar 1943 berichtet Goebbels, der Generalstab des Heeres habe eine Denkschrift über die Probleme des Ostens ausgearbeitet, die Hitler vorgelegt werden solle.⁴ Der Reichspropagandaminister macht das in einer bemerkenswerten Ausführlichkeit, wohl weil ihn der Inhalt dieser Denkschrift stark beschäftigt. In ihr wurde festgestellt, daß der Widerstandswille der Roten Armee ungebrochen war, unter der Parole des »nationalen Krieges« – gemeint war der »Große Vaterländische Krieg« – die Kraftentfaltung des Regimes verstärkt wurde und sich die Stimmung der bisher deutschfreundlichen Bevölkerungsteile verschlechterte, was sich in einer Ausweitung des Partisanenkriegs niederschlug. Der Generalstab des Heeres kritisierte schwerwiegende Fehler in der Behandlung der Bevölkerung, die unterschiedslos als »Bolschewiken« und »minderwertig« behandelt und kulturell vernachlässigt wurde (Schließung von Schulen und Instituten, was zum Mangel an Ärzten und Spezialisten auch zum Nachteil der deutschen Seite führte). Mit dieser Politik werde der starke Bildungstrieb der Bevölkerung verkannt, ihr Stolz auf technische und kulturelle Errungenschaften, Scham- und Ehrgefühl, das bei der russischen Frau besonders ausgeprägt sei. Als Beispiele für diese falsche Politik wurden genannt: Prügelstrafe, Hängen, Anrede mit »Du«, rücksichtslose Menschenjagd für den Arbeitseinsatz in Deutschland, unwürdige Behandlung freiwilliger Arbeiter im Reich (Stacheldraht, Ausgehverbot, geringe Entlohnung), keine Rückgabe des von den Sowjets verstaatlichten Privateigentums.

Die Denkschrift nannte bisherige Gegenmaßnahmen: Entlassung kriegsgefangener Ukrainer, Esten und Letten, bessere Behandlung der Gefangenen, Bevorzugung der Überläufer, Schonung der Kommissare, Verbot sinnloser Kollektivstrafen, Propagierung und Anlaufen der Agrarreform, großzügige Aufstellung landeseigener Verbände und Hilfwilliger, Belohnung bewährter Kämpfer und

Dr. Otto Wenzel, geboren 1929 in Prag, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Leipzig und an der Freien Universität Berlin, 1956 bis 1970 im höheren Schuldienst (seit 1966 als Oberstudiendirektor ei-



nes Gymnasiums), 1970 bis 1985 hauptamtlicher Bezirksstadtrat für Volksbildung in Berlin-Wedding, seit 1986 Lehrbeauftragter für Politik an der Technischen Fachhochschule Berlin.

landeseigener Arbeiter, Verhinderung von Vergewaltigung, Willkür, Rohheit, insbesondere durch die Verbündeten. Das seien jedoch Einzelmaßnahmen ohne entscheidenden Erfolg, da sie nicht von einem einheitlichen politischen Willen getragen seien. Der Generalstab des Heeres schlug deshalb vor, Hitler solle eine Erklärung abgeben, die allen Russen, die sich im Kampf gegen den Bolschewismus eingesetzt haben, als Europäern Gleichberechtigung nach dem Leistungsprinzip zusichert. Diese Absichtserklärung müsse für die Großrussen abgegeben werden, denn viele von ihnen seien bereit, für ein neues Rußland gegen Stalin kämpfend zu sterben. Ihnen müsse die Selbstverwaltung unter deutscher Führung gewährt werden, die Städte müßten ausreichend versorgt werden, das Privateigentum müsse zurückgegeben werden. Das deutsche Volk müsse seine bisherige ablehnende Grundeinstellung gegenüber den Russen revidieren. Auf der Grundlage dieser Prinzipien müsse eine verstärkte Propaganda an der Front und im sowjetischen Hinterland betrieben werden.

»Unser Indien«

Diese Denkschrift reihte sich ein in die Überlegungen über die Behandlung der Bevölkerung in den eroberten Ostgebieten, die bereits am 5. August 1940 mit einer Studie des Generalstabschefs der 18. Armee, Generalmajor Marcks, begonnen hatten. Dort wurde vorgeschlagen, die Verwaltung der Ukraine, der baltischen Staaten und Weißrußlands auf einheimische, nichtbolschewistische Regierungen zu übertragen.⁵ Am 3. März 1941 befahl Hitler, das Gebiet der Sowjetunion in Staaten mit eigenen Regierungen aufzulösen, deren politische Grundlage die sozialistische Idee sein müsse. Wörtlich hieß es in seiner Weisung: »Unsere Aufgabe ist es, sobald wie möglich mit einem Minimum an militärischen Kräften sozialistische Staatsgebilde aufzubauen, die von uns abhängen.«⁶ Teilungspläne wurden auch im Amt des späteren Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, ausgearbeitet. Von den geplanten sieben Reichskommissariaten wurden jedoch nur zwei errichtet: Ostland (baltische Staaten und Weißrußland) und Ukraine.⁷ Im Taumel der Anfangserfolge des Rußlandfeldzuges, als sich die deutsche Führung des Sieges über die Rote Armee schon sicher fühlte, war bei Hitler nur noch von Kolonialland die Rede, das von vier »Vizekönigen«, den Reichskommissaren, beherrscht, verwaltet und ausgebeutet werden sollte. »Unser Indien« nannte er dieses Gebiet.⁸ Am 11. April 1942 sagte er, die im Osten unterworfenen Völkerschaften müßten auf einer möglichst niedrigen Kulturstufe gehalten werden. Das höchste, was man ihnen an Verwaltungsorganisationen zugestehen könne, sei die Gemeindeverwaltung. Schon Gemeinsamkeiten zwischen benachbarten Dorfgemeinschaften dürften sich nicht herausbilden. Auch die Schaffung einheitlicher Kirchen für größere russische Gebietsteile müsse unterbunden werden.⁹

Dennoch wuchs seit Mitte August 1941 im Heer auf verschiedenen Ebenen die Erkenntnis, daß sich der versteifende sowjetische Widerstand nur überwinden lasse, wenn man »auf weite Sicht ... dem russischem Volk eine positive Zukunft« zeige und die »scharfen Befehle über die Behandlung der Kommissare und Politruks als Mitursache des zähen feindlichen Widerstands« aufgebe.¹⁰ Als ein Aufklärungs-Offizier in der Heeresgruppe Mitte, Hauptmann Strikfeldt, in einer Denkschrift die Aufstellung einer russischen Befreiungsarmee und die Bildung einer provisorischen Exilregierung vorschlug, schrieb der einen Monat später entlassene Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, an den Rand dieses Schriftstücks: »Halte ich für kriegsentscheidend.«¹¹ Im März 1942 schrieb der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, General von Schenkendorff, in einer Denkschrift, die er u. a. Generalstabschef Halder zuleitete: »Man muß der Bevölkerung Ziele vor Augen stellen, die sie begreift und für die es sich für sie zu kämpfen lohnt.« Dazu gehörten: 1. Die Errichtung eines vom Bolschewismus befreiten nationalen Rußlands unter einer nationa-

len Regierung. 2. Eine Agrarreform und die Auflösung der Kolcho-sen. 3. Die Duldung freier Religionsausübung.¹²

Goebbels schloß sich Hitlers Kolonialherrenallüren an. Am 16. März 1942 versah er die Feststellung, daß sich in den baltischen Staaten nationalistische Strömungen bemerkbar machten, mit dem arroganten Kommentar: »Die dortigen Völkerschaften haben sich anscheinend vorgestellt, daß die deutsche Wehrmacht ihr Blut einsetzte, um in diesen Zwergstaaten neue nationale Regierungen ans Ruder zu bringen ...« Er nannte das eine »kindlich naive Phantasie« und fuhr fort: »Man müßte schon das kaiserliche wilhelminische Regime zum Muster nehmen, wenn man eine so kurzfristige Politik inauguriert wollte.« Welch eine Fehleinschätzung! Gerade das kaiserliche Deutschland bewies in den letzten Kriegsjahren mit der – wenn auch eingeschränkten – Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an die Polen, Litauer und Ukrainer durchaus staatsmännische Weitsicht, wenn das auch am Kriegsausgang nichts mehr zu ändern vermochte. Goebbels fuhr arrogant fort: Der Nationalsozialismus sei viel kaltblütiger, er tue nur, was dem deutschen Volk nütze, und das sei »zweifelloso die rigorose Durchsetzung einer deutschen Ordnung in diesem Raum«. Die Idee, daß ein Zusammenhang zwischen der zunehmenden sowjetischen Partisanentätigkeit und der brutalen nationalsozialistischen Behandlung der Ostvölker bestand, kam Goebbels nicht. Sein Rezept war, »in vermehrtem Umfang wieder Juden zu erschließen.«¹³ Doch am 5. Juni 1942 schrieb er, Beweis für seine gelegentlich zu beobachtende Wankelmütigkeit, bei privaten Gesprächen sei jedermann der Meinung, »daß wir versuchen müßten, durch Errichtung von Scheinregierungen eine etwas positivere Haltung der Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten herbeizuführen. Unser Kampf, davon sind alle überzeugt, solle sich in der Hauptsache gegen den Bolschewismus und nicht gegen Rußland richten«. In der deutschen Politik habe diese Erkenntnis jedoch keinen Niederschlag gefunden, was Schuld des von seinem Intimfeind Rosenberg geleiteten Ostministeriums sei.¹⁴ Goebbels selbst hatte aber bis dahin nicht versucht, Hitler von der Notwendigkeit einer solchen Politik zu überzeugen. Er beschränkte sich darauf, gegen Rosenberg zu intrigieren, wenn es um irgendein Kompetenzgerangel ging.

Die oben erwähnte Denkschrift des Generalstabs des Heeres vom Januar 1943 kommentierte er mit den Worten, sie kranke »an der falschen Einschätzung des slawischen Charakters.«¹⁵ Offenbar störte ihn die dort kritisierte entwürdigende Behandlung der Völker der Sowjetunion durch die deutsche Besatzungsmacht in keiner Weise. Doch schon wenige Tage später hielt er angesichts der immer kritischer werdenden Lage an der Ostfront eine »Ostproklamation« für notwendig. Er fertigte sogar einen Entwurf, der die ganze Verlogenheit des Verfassers dokumentierte, denn es wurden darin Rechte versprochen, die im Dritten Reich selbst dem deutschen Volk vorenthalten wurden. So hieß es unter anderem:

»Kämpft weiter mit uns gegen den verhaßten Bolschewismus, den blutigen Stalin und seine jüdische Clique; für die Freiheit der Person, für die Freiheit der Religion und des Gewissens, für die Abschaffung der Sklavenarbeit, für Eigentum und Besitz, für ein freies Bauerntum auf eigenem Land, für eigene Scholle und Freiheit der Arbeit, für soziale Gerechtigkeit, für das Recht aller Werktätigen auf gerechten Lohn für ihre Arbeit, für die glückliche Zukunft Eurer Kinder, für ihr gutes Recht auf Fortkommen und Weiterbildung ohne Ansehen des Herkommens, für den staatlichen Schutz der Kranken und Invaliden, für das Recht auf reichlichen Lebensunterhalt, für alles, was Euch der Bolschewismus nahm.«¹⁶

Goebbels ging es um den propagandistischen Effekt einer solchen Proklamation. Er dachte nicht daran – im Gegensatz zu Teilen des Offizierskorps der Wehrmacht – den Völkern der Sowjetunion das Recht auf ein staatliches Eigenleben einzuräumen. Nach seinem Besuch bei Hitler am 8. März 1943 schrieb er resigniert in sein Tagebuch: »An eine Ostproklamation ... will der Führer im Augenblick noch nicht herangehen; dazu ist ihm die Lage im Osten

noch nicht genügend stabilisiert und erfolgversprechend. Im übrigen glaubt er, daß der Bolschewismus bei den Ostvölkern so verhaßt und gefürchtet sei, daß die antibolschewistische Tendenz unserer Propaganda vollauf genüge. Ich versuche vergebens, das dem Führer auszureden. Aber ich glaube, der wahre Grund ist wohl der, daß er in der augenblicklichen Schwächeperiode nicht ein solches Zeichen, das als Nachgiebigkeit gewertet werden könnte, geben will. Ist die Lage im Osten wieder etwas geklärt, so werde ich aufs neue an ihn herantreten.«¹⁷ Diese Sätze verraten, daß Goebbels' Durchsetzungsfähigkeit bei Hitler gleich Null war. Da das deutsche Ostheer nie wieder die Initiative ergreifen konnte, ist es auch in der Folgezeit zu keiner Ostproklamation gekommen, obwohl sich Ostminister Rosenberg und Generalstabschef Zeitler noch einmal dafür einsetzten. Am 19. Mai 1943 fiel Hitlers endgültige Entscheidung: Die Geschichte habe bewiesen, daß es unmöglich sei, unterworfenen Völker als Bundesgenossen zu gewinnen.¹⁸ Am 1. Juli sagte er in einer Besprechung mit Oberbefehlshabern und Kommandierenden Generalen, Versprechungen an die Völker der Sowjetunion kämen wegen der Rückwirkungen auf die deutschen Soldaten nicht in Frage. Diese müßten wissen, daß sie um Lebensraum für ihre Kinder und Enkel kämpften.¹⁹

Eine merkwürdige Rolle spielte in dieser Zeit die Behandlung des am 12. Juli 1942 in deutsche Gefangenschaft geratenen sowjetischen Generals Wlassow. Weitsichtige Offiziere der Wehrmacht, aber auch einzelne Beamte des Ostministeriums sahen in ihm den russischen »de Gaulle«, nach dem sie schon im Januar 1942 Ausschau gehalten hatten.²⁰ Aber alles, was sie durchsetzen konnten, war, daß Wlassow unter den Fittichen der Abteilung Wehrmachtpropaganda des Oberkommandos der Wehrmacht Aufrufe erlassen durfte, die als Flugblätter jenseits der Front abgeworfen wurden.²¹ Goebbels schrieb dazu am 15. April 1943 in sein Tagebuch: »Aus einer Reihe von Aussagen bolschewistischer Gefangener kann ich entnehmen, daß der Aufruf General Wlassows doch in der sowjetischen Wehrmacht einige Diskussionen hervorgerufen hat. Der Aufruf verspricht für die Zukunft noch mehr Wirkung, wenn wir uns dahinterstellen.« Einen Tag vorher hatte er geschrieben: »Sicherlich würde es uns möglich sein, einen großen Teil der russischen Völkerschaften gegen Stalin einzunehmen, wenn wir es verstünden, den Krieg eindeutig gegen den Bolschewismus, aber nicht gegen das russische Volk zu führen.«²² Aber Hitler war diesen Gedanken nicht zugänglich. Was an militärischen Einheiten aus Völkern der Sowjetunion im Verband der Wehrmacht aufgestellt wurde, beschränkte sich am 8. Juni 1943 auf 1 Regiment, 78 Bataillone und 122 Kompanien. Dazu traten 60 000 Mann Polizei. Die Zahl der Hilfswilligen oder Hiwis dürfte etwa eine halbe Million betragen haben. Sie arbeiteten als Munitionsträger, Stiefelputzer, Köche, Lkw-Fahrer, Sanitäter, Pferdeburden oder Übersetzer.²³

Als die deutsche Wehrmacht alle eroberten sowjetischen Gebiete verloren hatte, am 14. November 1944, durfte Wlassow – inzwischen ein Schützling Himmlers, mit dem er am 16. September zusammengetroffen war – in Prag während eines Staatsaktes das Manifest des Komitees zur Befreiung der Völker Rußlands verlesen, das übrigens keine antisemitischen Äußerungen enthielt und in dem von Deutschland wenig die Rede war. In den Monaten Dezember 1944 und Januar 1945 wurden zwei Divisionen der von ihm geführten Russischen Befreiungsarmee gebildet. Hätte man ihm alle damals bestehenden »Ostbataillone« einschließlich der Kosakenverbände unterstellt, wäre eine Streitmacht von etwa einer halben Million zusammengekommen. Am 1. März 1945 mußte Goebbels nach einem Gespräch mit Wlassow die Versäumnisse der deutschen Ostpolitik in den Jahren 1941 und 1942 eingestehen.²⁴

«Jetzt haben wir das Nachsehen»

Ein solches Eingeständnis hatte er schon ein Jahr vorher gemacht. Am 5. Februar 1944²⁵ beschäftigte er sich mit der vom Obersten Sowjet der UdSSR beschlossenen Änderung der Verfassung, die für

jede Sowjetrepublik eigene Volkskommissariate (Ministerien) für Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten vorsah. Stalin wollte damit erreichen, daß neben der Sowjetunion alle 16 Sowjetrepubliken einen Sitz in den zu gründenden Vereinten Nationen erhalten. (Bei der Ukraine und Weißrußland ist ihm das tatsächlich gelungen.) Goebbels fuhr fort: »In der Schweiz fragt man sich mit etwas Ironie, warum wir Deutsche nicht im Jahre 1941 eine ähnliche Taktik angewendet hätten;²⁶ wir wären dann eventuell im Osten weiter gekommen, als wir in Tatsache gekommen sind. Diese Frage ist nicht ganz unberechtigt. ... Wären wir im Osten etwas geschickter vorgegangen und hätten den dortigen Völkern klargemacht, daß wir nicht als Eroberer kämen, sondern nur als Befreier vom Bolschewismus, so wäre vielleicht der entscheidende Stoß gegen die Sowjetunion gelungen. Jetzt haben wir das Nachsehen.« Irgendwelche Konsequenzen zog er jedoch aus dieser späten Einsicht nicht. Bei keinem der vielen Gespräche, die er noch mit Hitler führte, dachte er daran, den Diktator für diese Idee zu gewinnen. Da ging es vornehmlich darum, sich von diesem für seine erfolgreiche Propaganda loben zu lassen, gegen Rivalen in der Partei- und Staatsführung zu intrigieren und wachsende Zweifel am deutschen Sieg durch ständige Wiederholung des glücklichen Ausgangs des Siebenjährigen Krieges zu unterdrücken.

Schizophrenes Verhältnis zum Sowjetsystem

Goebbels' Verhältnis zu den Russen und zum Sowjetsystem war hochgradig schizophren. Einerseits betätigte er sich als Scharfmacher gegen alles Russische, setzte bei Hitler am 1. Juli 1941 sogar das Verbot aller russischen Dichter und Komponisten durch.²⁷ überschlug sich seine antibolschewistische Propaganda. So schrieb er am 6. Juli 1941 in der Wochenzeitung »Das Reich«, der Krieg gegen den Bolschewismus sei »ein Krieg der gesitteten Menschheit überhaupt gegen seelische Fäulnis, gegen den Verfall der öffentlichen Moral, gegen den geistigen und physischen Blutterror, gegen eine kriminelle Politik, deren Urheber auf Leichenbergen sitzen, um Ausschau zu halten, wen sie sich als nächstes Opfer auswählen sollen. ... Was es bedeuten würde, wenn sie mit ihren vertierten Horden Deutschland und den Westen dieses Erdteils überflutet hätten, das vermag sich die menschliche Phantasie nicht auszudenken.«²⁸ Anlässlich seines Besuchs im Führerhauptquartier am 23. September 1941 schrieb er in sein Tagebuch, welch grausames Schicksal die Stadt Leningrad nach dem Willen Hitlers erleiden sollte: »Von dieser Stadt ist der Bolschewismus ausgegangen, und in dieser Stadt wird der Bolschewismus endgültig zerschmettert werden. ... Der Bolschewismus, der mit Hunger, Blut und Tränen begann, wird in Hunger, Blut und Tränen untergehen. Über diese Stadt muß einmal wieder der Pflug gehen.«²⁹ Ein ähnliches Schicksal war Moskau zgedacht.³⁰ Nicht eine Zeile verschwendete er für das Leid der Menschen, die bei einem solchen Vorgehen elendlich ums Leben kommen würden, die Frauen, Männer, Kinder und Greise. Andererseits sehen wir den deutschen Propagandaminister immer wieder als Bewunderer des sowjetischen Systems. Nach dem Rückschlag, den das deutsche Ostheer in der am 5. Dezember 1941 begonnenen sowjetischen Winteroffensive erlitten hatte, bescheinigte er der sowjetischen Seite eine »aus härterem Holz geschnittene Führung, die sich von ... Schwierigkeiten in ihrem Vorgehen nicht beirren läßt«. Er fügte jedoch in seinem pseudorassistischen Hochmut hinzu, sie könne ihrem Volk rücksichtsloser gegenüberreten, da es sich »ja um Slawen und zum großen Teil um Halbtiere« handle.³¹

Das in den Jahren 1939 bis 1941 so siegreiche deutsche Heer erlitt seit dem Spätherbst 1942 eine nicht endende Kette von Niederlagen. Hitler und Goebbels sahen die Ursachen nicht in der Überlegenheit von Deutschlands Kriegsgegnern an Menschen und Material, in der einen immer härter werdenden Partisanenkrieg herausfordernden nationalsozialistischen Besatzungspolitik in den eroberten Gebieten und in verhängnisvollen militärischen Fehlentscheidungen des obersten Befehlshabers Hitler. Sie sahen die Ursachen in der angeb-

lichen Unfähigkeit der Generale und im Verrat der Verbündeten. Hitler hielt die Generale, wie er Goebbels sagte, »für denkbar ekelhaft«. Sie hätten kein inneres Verhältnis zu ihm und machten ihm Schwierigkeiten, wo sie nur könnten. Wie viel besser war da Stalin dran! Über ihn notierte Goebbels am 4. März 1944 in sein Tagebuch: »Er hat die Generale, die uns heute im Wege stehen, rechtzeitig erschießen lassen.« Eine wirklich radikale Politik habe der Nationalsozialismus lediglich in der »Judenfrage« betrieben. Auch die »Pfaffenfrage« habe er nicht gelöst. Stalin könne »es sich heute leisten, eine Kirche wieder zu genehmigen, die absolut in seinem Dienst steht. Die Metropolen fressen ihm aus der Hand, weil sie Angst vor ihm haben und genau wissen, daß sie, sobald sie gegen ihn opponieren, den Genickschuß bekommen«. Das nationalsozialistische Regime habe auf diesem Gebiet noch einiges nachzuholen. Bedauernd fügte er hinzu, daß es sich dieser Frage erst nach dem Krieg annehmen könne.³¹

Stalins Brutalität bewundert

Stalin wurde von Goebbels auch gelobt, weil er im August 1942 in einem Befehl an die Rote Armee mit Massenerschießungen drohte, wenn der Rückzug fortgesetzt würde. Er sei eben ein Mann von Kaliber.³² Goebbels bescheinigte dem Kreml »eine sehr listige und zum Teil auch überzeugende Führung der politischen und militärischen Geschäfte der Sowjetunion«. Es handle sich hier eben nicht wie bei den Anglo-Amerikanern »um verkalkte Aristokraten, sondern zum Teil auch um Männer aus dem russischen Volk«. Auch Hitlers Bewunderung für Stalin ist mehrfach nachweisbar. Picker berichtet in seinem Buch »Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier«, er habe stets ärgerlich reagiert, wenn jemand Stalin einen ehemaligen Bankräuber nannte. Hitler verteidigte dann den sowjetischen Diktator mit dem Argument, Stalin habe seine Bank-Einbrüche nicht für die eigene Tasche, sondern als Revolutionär zur Finanzierung der kommunistischen Bewegung begangen. Am 22. Juli 1942 sagte er, Stalin sei ein »genialer Kerl« und »seine Wirtschaftsplanung sei so umfassend, daß sie wohl nur von unseren Vierjahresplänen übertroffen werde. Es stehe für ihn auch außer jedem Zweifel, daß es in der UdSSR, im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten wie etwa den USA, Arbeitslose nicht gegeben habe«. Kein Wunder, daß er es daher als »ausgesprochen dumm« bezeichnete, über das Stachanow-System zu lachen. »Die Rüstung der Roten Armee sei der beste Beweis dafür, daß dieses System in der Behandlung der russischen Arbeiter-Mentalität unerhört erfolgreich sei.«³³ Hier muß daran erinnert werden, daß Hitler schon 1936 in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan unverhohlen mit der Sozialisierung gedroht und geschrieben hatte: »Die deutsche Wirtschaft aber wird die neuen Wirtschaftsaufgaben begreifen oder sie wird sich eben unfähig erweisen in dieser modernen Zeit, in der ein Sowjet-Staat einen Riesenplan aufrichtet, noch weiter zu bestehen. Aber dann wird nicht Deutschland zugrunde gehen, sondern es werden dies höchstens einige Wirtschaftler.«³⁴

Kein Wunder also, daß in den Gesprächen, in denen – von Goebbels angeregt – ein Ausweg aus dem Zweifrontenkrieg gesucht wurde, Hitler am 22. September 1943 sagte, daß er eher mit Stalin als mit Churchill verhandeln würde. Im Moment glaube er jedoch nicht, daß das zu einem Ergebnis führen würde, da Stalin das, was Hitler von ihm verlange, nicht abtreten könne.³⁵

Am 4. März 1945, als Deutschlands Gegner im Westen am Rhein und im Osten an der Oder standen, äußerte der in einer Wahnwelt lebende Hitler Goebbels gegenüber die Überzeugung, »wenn eine Macht im Feindeslager mit uns zuerst ins Gespräch kommen wollte, (werde) das unter allen Umständen die Sowjetunion sein«. Stalin könne – im Gegensatz zu den Anglo-Amerikanern – ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung einen solchen Kurswechsel in der Kriegspolitik vollziehen. Nach einer Verständigung mit der Sowjetunion müsse der Kampf gegen England »mit brutalster Energie« fortgesetzt werden.³⁶ Am 11. März äußerte sich Hitler noch einmal zu einem Sonderfrieden mit der Sowjetunion. Dieser werde nicht

zu den Zielen von 1941 führen, er hoffe jedoch, daß es zu einer Teilung Polens kommen und Ungarn sowie Kroatien unter deutscher Hoheit bleiben werden. Aufschlußreich ist, daß Hitler bei dieser Gelegenheit sagte, man solle gegen den Osten Rache, gegen den Westen aber Haß predigen.³⁷

Mit dem 10. April 1945 bricht die Überlieferung der Goebbels-Tagebücher ab.³⁸ Wir wissen aber aus anderen Quellen, daß der Propagandaminister seiner Option für Stalin und das Sowjetregime bis zuletzt treu geblieben ist. In Hitlers Testament zum Reichskanzler ernannt, ließ er am 30. April über Funk Stalin vom Selbstmord Hitlers in Kenntnis setzen und über den letzten Generalstabschef des Heeres, General Krebs, an das sowjetische Oberkommando den Wunsch herantragen, mit der sowjetischen Regierung in Verhandlungen über die Kapitulation Deutschlands einzutreten. Die daraufhin von Moskau geforderte sofortige Kapitulation lehnte er jedoch ab. Am 1. Mai machte er seinem Leben ein Ende.

- 1 Wjatscheslaw Daschtschew, Stalins Mitschuld am Krieg, in: Moskau News, Nr. 9/1989, S. 11.
- 2 Fritjof Meyer, Die Katastrophe des Kommunismus – von Marx bis Gorbatschow, in: Spiegel Spezial, Nr. IV/1991, S. 11.
- 3 Joseph Goebbels Tagebücher 1924 bis 1945 in fünf Bänden. Herausgegeben von Ralf Georg Reuth, Serie Piper, München 1992.
- 4 Tagebücher, S. 1866 ff. Es handelte sich offenbar um »Aufzeichnungen über die Ostfrage«, die Oberleutnant Schmidt von Altenstadt am 3. Januar 1943 auf den Weg gebracht hatte. (Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1942–1945, Düsseldorf 1958, S. 591).
- 5 Horst Boog, Jürgen Förster, Joachim Hoffmann, Ernst Klink, Rolf-Dieter Müller, Gerd R. Ueberschär, Der Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt am Main 1991, S. 498.
- 6 Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Band I, Herrsching 1982, S. 341.
- 7 Boog, S. 504, 1229 f., 1268.
- 8 Ebenda, S. 1266.
- 9 Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Unveränderte Neuauflage, Berlin 1989, S. 214 f.
- 10 Boog, S. 1263.
- 11 Dallin, S. 529.
- 12 Ebenda, S. 532.
- 13 Tagebücher, S. 1766.
- 14 Ebenda, S. 1814.
- 15 Ebenda, S. 1868.
- 16 Dallin, S. 593.
- 17 Tagebücher, S. 1909.
- 18 Dallin, S. 594.
- 19 Erich von Manstein, Verlorene Siege, München 1976, S. 497.
- 20 Dallin, S. 537, 568 ff.
- 21 Ebenda, S. 574.
- 22 Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942–43. Mit anderen Dokumenten herausgegeben von Louis P. Lochner Zürich 1948, S. 300, 298.
- 23 Dallin, S. 596, 549 f.
- 24 Tagebücher, S. 2129 f.; Dallin, S. 632, 649, 660, 667.
- 25 Tagebücher, S. 1974.
- 26 Gemeint ist die Einsetzung von »Scheinregierungen« in den eroberten Gebieten.
- 27 Tagebücher, S. 1617.
- 28 Ebenda, S. 1624.
- 29 Ebenda, S. 1671.
- 30 Ebenda, S. 1707.
- 31 Ebenda, S. 1733.
- 32 Ebenda, S. 2036 f., 2009 f.
- 33 Ebenda, S. 1823 f.
- 34 Ebenda, S. 1827 f.
- 35 Picker, S. 447, 452.
- 36 Rainer Zitelmann, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Göttingen/Zürich 1989, S. 99 f.
- 37 Ebenda, S. 1959.
- 38 Ebenda, S. 2137. Scheinbar im Widerspruch dazu versuchte Ribbentrop im Februar und März 1945, durch diplomatische Vertreter in neutralen Staaten den Inhalt einer »Sprachregelung« mündlich an wichtige britische und amerikanische Persönlichkeiten übermitteln zu lassen. In ihr wurde behauptet, daß der Nationalsozialismus das einzige politische und geistige Gegengewicht gegen den Kommunismus sei, und die Gefahr heraufbeschworen, daß sich Deutschland dem Osten anschließe, zu dem weite Kreise des Volkes, sogar weite Parteikreise, tendierten. Um ernsthafte Versuche, mit Großbritannien und den USA zu einem Sonderfrieden zu kommen, hat es sich dabei aber nicht gehandelt. Diese Aktion war zum Scheitern verurteilt. (Hansjakob Stehle, Deutsche Friedensfühler bei den Westmächten im Februar/März 1945, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialismus Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Bonn 1983, S. 510 ff., 522, 524, 526).
- 39 Tagebücher, S. 2151.
- 40 Ebenda, S. 2186.